Krakauer Zeitung.

Nr. 185. Samstag den 13. August 1864.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Karl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 18863.

Die k. k. Statthalterei-Commission hat die an der Wadowicer Haupt- und Unter-Realschule erledigte Katechetenstelle dem Pfarr-Cooperator von Oświęcim Julius Repczyński zu verleihen befunden.

K. k. Statthalterei-Commission.

Krakau am 27. Juli 1864.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben den neu ernannten großherzoglich oldenburgischen Ministerresidenten Obersten Plate am 8. d. M. zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens in besonderer Audienz zu empfangen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. Juli d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der k. k. Generalconsul in New-York Carl F. Loosey das ihm von Sr. Majestät dem Kaiser von Merico verliehene Comthurkreuz des Guadalupe-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. August d. J. dem Berggeschworenen der Prager Berghauptmannschaft Anton Kautny tarfrei den Titel und Rang eines Bergcommissärs allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Supplenten der k. k. Unterrealschule in Tarnopol Apollinar Ellinger zum wirklichen Lehrer an der genannten Lehranstalt ernannt.

Das Polizeiministerium hat die bei der Triester Polizeidirection erledigten zwei Commissärsstellen dem dortigen provisorischen Commissär Alois Wanggo und dem Conceptsadjuncten der Linzer Polizeidirection Carl Pelzl verliehen.

Das Handelsministerium hat die Wiederwahl des Vincenz Kirchmayer zum Präsidenten und die Wahl des Ludwig Zieleniewski zum Vicepräsidenten der Handelskammer in Krakau bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 13. August.

Die Nachricht der Berliner Bank- und Handelszeitung, daß von der französischen Regierung im Einverständnisse mit England eine Eröffnung nach Kopenhagen gelangt, welche „möglicherweise eine Modification der den dänischen Friedensgesandten zu gebenden Instructionen bewirken könnte", wird der „Presse" aus Hamburg mit dem Beisatze bestätigt, daß die in Rede stehende Pariser Depesche nicht der allerneuesten Zeit angehöre, sondern vom 3. d. Mts. datirt sei. Die Aufklärung darüber, was diese merkwürdige Nachricht zu bedeuten habe, wird wohl nicht lange auf sich warten lassen. Man meint, daß Frankreich und England — die Richtigkeit der Mittheilung immer vorausgesetzt — den (voraussichtlich erfolgten) Versuch machen wollen, die Friedensbasis auf die Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten zurückzudrängen.

Thatsache ist, schreibt man dem „Botschafter" aus Paris, daß der diplomatische Verkehr zwischen hier und Kopenhagen sehr lebhaft ist, und daß man, auf die Instructionen, welche den dänischen Bevollmächtigten in Wien ertheilt werden sollen, Einfluß nehmend, der dänischen Regierung von hier aus noch Hoffnungen macht, Modificationen der Präliminarien beim Abschluß des Friedens zu erlangen. — Auffallend ist in Paris, daß der „Moniteur" bei der Reproduction des Telegrammes, welches die Botschaft des Königs Christian an den Reichsrath über die Friedenspräliminarien enthielt, die Stelle elidirte, in welcher davon die Rede ist, daß Dänemark von den Mächten verlassen worden sei. Diese Lücke gibt zu allerlei Commentaren Veranlassung.

In Kopenhagen entbrennen die inneren Parteikämpfe mit größter Lebhaftigkeit; ja „Dagbladet" wagt es sogar, gegen die gesammtmonarchische „Flyveposten" die Erbansprüche des regierenden Hauses Glücksburg auf den dänischen Thron anzuzweifeln, indem es wörtlich äußert: „Sowohl die Vereinbarungen aus den Jahren 1851—52, als auch die Uebertragung der Erbfolge auf das Haus Glücksburg werden durch den Frieden zerstört, dessen Grundzüge von dem Ministerium Bluhme genehmigt worden sind." (Womit also dem König sein Thron bestritten ist.)

Nach der „Nordd. Allg. Ztg." sind als Ersatz für die gekaperten Schiffe, die schon in dritter oder vierter Hand seien, die in Jütland erhobenen Contributionen anzusehen.

Baron Scheel-Plessen, wie erwähnt durch Telegraph nach Wien berufen und dahin abgereist, ist bereits durch Berlin gekommen und begiebt sich, wie es heißt, erst nach Gastein und dann nach Wien.

Bezüglich der Besetzung Lauenburgs von hannover'schen Truppen wird aus Frankfurt geschrieben, Hannover habe von diesem Schritte dem betreffenden schleswig-holstein'schen Ausschusse der Bundesversammlung Mittheilung gemacht. Einerseits sei dies die Revanche, die wegen der Rendsburger Geschichte an Preußen genommen werden soll, andererseits geschehe der Schritt im Interesse des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen, dessen Anspruch auf Lauenburg von Hannover anerkannt sein und bei der Erbfolgeverhandlung am Bunde vertreten werden soll. Der letztere Theil dieser Angaben wäre wohl nur in diesem Falle wichtig, wenn die Meinung, daß sich hinter den hessischen Ansprüchen preußische Annectirungsgelüste verbergen, sich wider Vermuthen als unbegründet herausstellen sollte.

Die „Correspondenz Zeidler" sieht in der Besezzung Lauenburgs hannoversche Eroberungspläne: Hannover erhebe Ansprüche auf Lauenburg.

Die Behauptung, daß Hr. von Bismarck die Candidatur des Großherzogs von Oldenburg begünstige, wird in einem Berliner Schreiben der „A. A. Z." in Zweifel gezogen, eine ausgesprochene Vorliebe für irgend einen der Bewerber um die Herrschaft in den Herzogthümern sei bei dem preußischen Ministerpräsidenten nicht zu finden. Am liebsten würde er gewiß die streitigen Objecte ganz oder theilweis annectiren; da er sich aber nicht verhehlen kann, daß ein solches Arrangement von Europa nimmermehr mit Stillschweigen hingenommen werden würde, der König persönlich auch solchen Projecten abhold ist, so suche er Preußen wenigstens so viel als möglich Vortheile zu sichern, und aller Wahrscheinlichkeit nach sei die Begünstigung anderer Prätendenten nur eine scheinbare, um den Prinzen von Augustenburg fügsamer zu stimmen. Im Uebrigen soll auch der Großherzog sich gar nicht geneigt zeigen, für den Fall seiner Erwählung Verpflichtungen zu übernehmen, welche den preußischen Forderungen entsprechen würden.

Wie der „Nordd. Ztg." aus Kiel gemeldet wird, war die Minorität der Ritterschaft nur gegen das Interim, hinsichtlich des Anschlusses an Preußen aber vollständig mit der Majorität einverstanden.

Die „Oest. Ztg." vom 9. d. brachte einen Artikel mit der Ueberschrift „Bis hierher und nicht weiter." Ein Wiener Corr. der „Bohemia" glaubt annehmen zu können, daß er aus der unmittelbaren Inspiration des Staatsmannes stammt, welcher die innere Politik Oesterreichs zu leiten berufen ist. Der Artikel verurtheilt mit aller Schärfe die Politik, welche zu dem Attentat" von Rendsburg geführt hat, und erklärt dann bestimmt, daß Herr von Bismarck bei einer solchen Politik nicht blos das Recht, sondern auch Oesterreich nicht zur Seite haben werde: „Ueber das Recht hinaus geht Oesterreichs Allianz mit Preußen nicht." Was übrigens die Rendsburger Vorfälle selbst betrifft, so scheint es, daß man versuchen wird, außerhalb des Bundes und ohne größeren Eclat dadurch einen Ausgleich herbeizuführen, daß man, statt vorwiegend die politische, ausschließend die militärische Seite hervorkehrt, und es haben dem Vernehmen nach in der gedachten Richtung bereits in Altona Verhandlungen von Seiten des preußischen Obercommando's begonnen, welche für Sachsen von General Hake und für Hannover von General Gebser geführt werden.

Wie aus Paris, 9. d., gemeldet wird, ist der Großherzog von Oldenburg dort incognito eingetroffen.

Die Hamburger „Börsenhalle" versichert, Herr Drouyn de Lhuys habe in Wien und Berlin eröffnen lassen, daß Frankreich einen Frieden und dessen Consequenzen nicht anerkennen könnte, welcher ohne Betheiligung des deutschen Bundes abgeschlossen würde. Bis jetzt, schreibt ein Pariser Corr. der „N. Pr. Z.", hat eine derartige officielle Erklärung des Tuilerien-Cabinets noch nicht stattgefunden; es ist jedoch nicht unmöglich, daß dieser Punct Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen war.

Ein Pariser Corr. der „Köln. Ztg." bestätigt, daß der französische Minister des Aeußern bei Gelegenheit des Abschlusses der Wiener Friedens-Präliminarien ein Circularschreiben erlassen hat. In demselben soll er erklären, daß Frankreich eben so wenig beim Friedensschlusse interveniren könne, als es sich in den Krieg eingemischt habe, daß es aber den von der Wiener Conferenz aufgestellten Stipulationen gegenüber die Vorbehalte mache, die andere Mächte der Annexion Savoyens und Nizzas gegenüber gemacht haben.

Der Pariser □ Corr. der „N. P. Z." versichert, daß die „Gazette de France" ganz gut unterrichtet war, als sie mittheilte, das Tuileriencabinet habe am 14. Juni in London eröffnen lassen, es sei bereit, eine Armee an den Rhein zu senden, wenn England zu einer ernstlichen Action gegen die deutschen Großmächte entschlossen sei. Diese Angabe, bemerkt der Corr., ist auch nicht dementirt worden und konnte es nicht; nur hatte der französische Minister mit seiner Eröffnung weiter keine Absicht, als den lästigen Zudringlichkeiten des englischen Cabinets ein Ende zu machen, indem er fragte, ob es ernstlich zum Kriege entschlossen sei. Drouyn de Lhuys wußte sehr gut, daß ihm England auf diese Frage die Antwort schuldig bleiben werde. Auch erreichte er sofort seinen Zweck; denn von demselben Augenblicke an sagte Lord Russell kein Wort mehr von einer gemeinschaftlichen Demonstration in der Nordsee. Es versteht sich von selbst, daß die britische Diplomatie dies alles in Abrede stellt; auf eine Handvoll Noten kommt es ihr bekanntlich nicht an.

Die „Zeidl. Corresp." bringt einen längeren Situationsartikel, der sich mit Frankreich und dessen Stellung zu England und den Continentalmächten beschäftigt. Es wird darin behauptet, daß „alle Anzeichen darauf hindeuten", daß der Kaiser Napoleon der westmächtlichen Allianz „endgiltig den Abschied gegeben".

Das Drängen der italienischen Regierung, daß sich der Kaiser L. Napoleon definitiv über die Haltung ausspreche, welche er den italienischen Bestrebungen gegenüber einnehmen wolle, wird in einem Pariser Schreiben des „Botftr." als ein vergebliches dargestellt und alles, was General Menabrea aus Vichy nach Turin mitbringen wird soll in der Versicherung bestehen, daß es das Gerathenste für den König Victor Emanuel sei — abzuwarten. Daß man hier nicht ernstlich daran denke, etwas gegen Rom unternehmen zu lassen, dafür liefert der eben vollzogene Abschluß eines römisch-französischen Handelsvertrages den besten Beweis. Auch daß die Reise des Herrn Rouher einen politischen Charakter gehabt habe, wird jetzt officiell in Abrede gestellt. „Constitutionnel" erklärt heute, der Minister habe in Turin Besuche weder empfangen noch gemacht.

Die „Opinione" und nach ihr mehre andere italienische Blätter berichteten in der letzten Zeit von einem neuen „Mortara-Fall", inwelchen ein 11jähriger israelitischer Knabe, Namens Fortunato Coën, in Rom durch Gewalt, oder wie eine andere Version besagt, durch List in die Katechumenen-Anstalt gebracht worden sei, um daselbst trotz aller Reclamationen seiner Eltern getauft zu werden. — Das amtliche „Giornale di Roma" vom 4. d. behauptet nun, der Knabe Coën sei auf eigenes Verlangen in die Katechumenenanstalt geführt worden, weil er die feste Absicht habe, die christliche Religion anzunehmen.

Die Insurrection in der Regentschaft Tunis scheint durch eine englisch-türkische Intrigue zum Zweck, die Souveränetät der Pforte dort wieder herzustellen, verwickelter geworden zu sein. Der französische Generalconsul de Beauval hat in einem neuen Rundschreiben vom 26. Juli diesen Plan denuncirt.

Der „Gen.-Corr." wird aus Neusatz das unverbürgte Gerücht mitgetheilt, daß in der Herzegowina neuerdings ein Aufstand und zwar unter der Anführung des Luka Vukalovich ausgebrochen sei. Bereits soll es zu einem sehr blutigen Zusammenstoß bei Kolaschin gekommen sein.

Die „Opinion nationale" hatte u. a. als Thatsache aufgestellt, daß in Sibirien sich 85000 Polen befänden, 10000 andere irrten im Auslande herum, 30000 seien während und nach dem Kampfe getödtet worden (denn bekannter Weise würde den Verwundeten von den Russen der Garaus gemacht), 400 seien erhängt worden, 6000 befänden sich im Gefängniß. Der „Dzien. Warsz." beschränkt sich in seiner Erwiderung, welche er mit den Worten einleitet: „Schwerlich läßt sich die Possenreißerei weiter treiben, als dies von der „Op. nat." geschieht, so oft sie von Angelegenheiten Polons spricht," auf die Bemerkung, daß die Zahl der Deportirten selbst nicht den zehnten Theil der von ihr angegebenen Zahl beträgt. Auch die Todesurtheile, fährt der „Dz. W." fort, welche von der rechtmäßigen Regierung ausgegangen, erreichen nicht den zehnten Theil der von dem geheimen Revolutionstribunal mit unerhörter Raffinerie von Grausamkeit vollzogenen Strafen dieser Art. Was die armen Juden anbetrifft, denen man für ihre Kinder keine katholische Ammen zu halten gestatte, so mag die „Op. nat.", wenn dies sie so entrüstet, einen Beigeschmack aus ihrem Voltairianischen Arsenal gegen die Intoleranz der römisch-katholischen Geistlichkeit schöpfen, welche den christlichen Ammen und Mägden in jüdischen Diensten keine Absolution ertheilt. Wir sagen nichts weiter, schließt der „Dziennik" aus Besorgniß, die „Op. nat." könne vermeinen, wir nehmen sie ernstlich.

Die Fortsetzung der Zollverhandlungen, namentlich die Berathung über eine Regelung des Verhältnisses zu Oesterreich unter Zugrundelegung des Februar-Vertrages, wird, wie die „B. B.-Z." meldet, erst zu Anfang September erfolgen. Der von seiner Urlaubsreise zurückgekehrte Ministerial-Director Delbrück trifft inzwischen die entsprechenden Vorbereitungen. — Wie der „Adler" unter dem 8. August aus Wien berichtet, wird der Legationsrath v. Grüner Oesterreich bei den in Berlin bevorstehenden neuen Zollverhandlungen vertreten. Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, hat Preußen in der handelspolitischen Tagesfrage die Concession gemacht, daß es gemeinschaftlich mit Oesterreich in Paris einschreiten will, um jene Abänderungen des französisch-preußischen Handelsvertrages zu erwirken, die geeignet erscheinen, um Oesterreich vor den nachtheiligen Wirkungen des Art. 31 zu bewahren.

Wie verlautet, ist die österreichische Erwiderung auf die von uns gestern erwähnte preußische Antwortnote in der handelspolitischen Frage ungesäumt erfolgt und trägt jenen dringlichen Charakter, welcher der Sachlage entspricht. Es ist in dieser Depesche auf die bundesfreundlichen entgegenkommenden Erklärungen des Herrn von Bismarck Bezug genommen. Oesterreich kann keine Verzögerung mehr acceptiren und hat auch bereits die Instructionen für seinen eventuellen Bevollmächtigten bei den einzuleitenden Zollconferenzen entworfen.

Krakau, den 12. August 1864.

β [Granitwürfelpflaster.] Als der hiesige Magistrat das Granitwürfelpflaster vor fünf Jahren hier eingeführt hatte, gab es viele Opponenten, welche die Stadtbehörde sammt dem Ausschusse mit Vorwürfen überhäuften, daß er ein so theures Pflastermateriale aus dem Auslande beziehe und hiefür jährlich so viele Tausende dahin verschicke. Man machte geltend, daß Galizien einen vortrefflichen Granit in den Karpathen besitzt; man wies den Magistrat auf den Porphyr in Miękinia, Poręba und Zalas hin und behauptete, daß aus diesen vorzüglichen Steinen auch Würfel erzeugt werden können.

Es ist richtig, daß unser Land in den Karpathen einen sehr guten Granit besitzen mag, es ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Felsen bis nun gar nicht benützt, und somit keine Steinbrüche angelegt worden sind. Nun dürfte es selbst den Laien bekannt sein, daß jeder Felsen, mag er auch Granit sein, in seinen oberen Schichten verwittert ist und daß der in diesen Theilen des Felsens gewonnene Stein im besten Falle nur zum Straßenschotter-Materiale verwendbar ist. Ein neu angelegter Steinbruch muß wenigstens 6 bis 10 Jahre im Bau begriffen sein, um einen in jeder Hinsicht brauchbaren Stein — sogenannten Kernstein — zu gewinnen. Nun, so lange wollte vielleicht der Magistrat und der Stadtausschuß nicht warten, weil es unter diesen Umständen gewiß nie zur Realisirung der Granitpflasterung gekommen wäre. Was den Porphyr in Poręba betrifft, so konnte man sich hier in Krakau, wo derselbe lange Jahre als Pflastermateriale verwendet wurde, mehr als hinreichend überzeugen, daß dieser Stein zum Straßenschotter recht gut zu verwenden ist; allein zum Pflastern ist er ganz untauglich und das hierauf ausgelegte Geld ist rein hinausgeworfen. Dieser Stein ist zwar sehr hart, er hat aber die schlechte Eigenschaft, daß er sehr selten in Flächen gespaltet und sehr viele Haarrisse besitzt, welche Ursache sind, daß jeder Stein von mäßiger Größe beim Stoßen in viele kleine Stücke zerfällt. Er ist zur Erzeugung von Würfeln gar nicht verwendbar. Die Porphyre von Miękinia und Zalas sind von ausgezeichneter Qualität, haben einen Flächenbruch, besitzen viel Elasticität und weniger Haarrisse als jener von Poręba; allein die Formation dieser Felsen — die einem Steinconglomerat ähnlich ist — erzeugt keine massigen, sondern unregelmäßige Felsblöcke, aus denen sich in der Regel nur wenig Würfel und diese mit sehr vieler Mühe erzeugen lassen.

Es ist möglich, daß diese Steinbrüche, wenn sie mehre Jahrzehente im Betriebe stehen werden und mehr in die Tiefe derselben eingedrungen sein wird, solche Felsblöcke liefern werden, daß sich aus denselben Würfel in großer Menge werden erzeugen lassen.

Der hiesige Magistrat dürfte auch die sehr löbliche und patriotische Ansicht der Opponenten theilen, daß man die heimische Industrie und Gewerbe fördern und unterstützen, und das eigene Geld nicht nach dem Auslande wandern lassen soll; allein der Magistrat hatte vielleicht die Ueberzeugung, daß dies nur in dem Falle realisirbar ist, wenn die im Inlande erzeugte Waare in Bezug auf die Qualität und den Preis mit der ausländischen concurrirt. Diese patriotische Ansicht aber um jeden Preis ausführen zu wollen, wäre ein Unsinn und die schlechteste Wirthschaft, die man sich nur denken kann. Diese Behauptung wird durch das nachfolgende Factum hinreichend bewiesen.

Um in die Ansicht unserer Patrioten um jeden Preis einzugehen, wandte sich der hiesige Magistrat, wie uns mitgetheilt wurde, an die Güterverwaltung in Zakopana mit der Anfrage, ob sich aus dem dortigen Granit durch die Góralen nicht Pflasterwürfel erzeugen ließen, und wie hoch eine Quadratklafter solcher Würfel loco Krakau zu stehen käme. Die Hütten-Verwaltung sprach die Ansicht aus, daß dies jedenfalls möglich ist, und nach einer längeren Correspondenz ließ letztere solche Würfel nach der An-

gabe des Magistrats durch die dortigen Góralen anfertigen. Wie wir vernehmen, hatte die Hütten-Verwaltung dem Magistrat vor Kurzem geantwortet, daß die Probe sehr gut ausgefallen sei, allein die Góralen verlangen für die Bearbeitung eines einzelnen Würfels den Betrag von 2 fl. öftr. Währ. und wollen von diesem Preis gar nichts nachlassen.

Nun sind für eine Quadratklafter 90 Steine nothwendig, von denen 3 einen Wiener Zentner wiegen. Berechnet man die Kosten der Olbora mit nur 30 kr., des Brechens mit 50 kr., der Bearbeitung von 90 Würfeln mit 180 fl., der Zufuhr von 30 Zentnern mit 24 fl. (denn ein Górale ladet auf sein Pferd nicht mehr als 10 Ztr. und braucht von Zakopana bis Krakau zwei volle Tage zu à 4 fl. ö. W.) des Pflasterlohnes pr. Quadratklafter mit 1 fl., des Sandes mit 10 kr., so käme eine Quadratklafter eines solchen Pflasters auf 205 fl. 90 kr. östr. W., während jetzt die Quadratklafter aus dem ausländischen Granit auf 45 fl. zu stehen kommt. Bei so bewandten Umständen hört jeder Patriotismus auf. Freilich, werden die Opponenten sagen: Ei was! das Ding ist zwar theuer, allein wir fahren und spazieren dennoch auf inländischem Granit, und das hat doch viel für sich.

Wir wiederholen hier ausdrücklich, es ist die Pflicht eines jeden Staatsbürgers und einer jeden inländischen Corporation, inländisches Gewerbe und Industrie aus allen Kräften zu fördern und zu unterstützen, und es wäre ein Verrath an den eigenen Landes-Interessen und dem Wohle seiner Mitbürger, wenn man das außer Acht ließe; allein das inländische Product muß mit dem ausländischen in Bezug auf die Qualität und den Preis die Concurrenz aushalten. Vorerst müssen die inländischen Gewerbsleute und Industriellen durch ihren Fleiß und Intelligenz es dahin bringen, daß es ihnen möglich wird, mit dem Ausland rücksichtlich ihrer Producte zu concurriren, und dann wird jeder Inländer ihre Waaren den ausländischen vorziehen. Den Schreiern ohne alle Berechnung sei es hier gesagt, daß sie lieber die inländischen Gewerbsleute und Industriellen durch Aufmunterung und eindringliche Belehrung, wenn sie es im Stande sind, zur Arbeitsamkeit, Fleiß und Nachahmung ermuntern und aneifern, nicht aber die öffentliche Meinung durch ihr Geschwätz irre führen möchten.

„Vor ziemlich geraumer Zeit, schreibt die „Lemb. Ztg.", wandte sich die öffentliche Aufmerksamkeit dem Dniester, der natürlichen Wasserstraße der südwestlichen Kreise unseres Kronlandes zu, und wies man auf die Wichtigkeit des von der Natur so überaus günstig situirten Verkehrsweges für unsere vaterländische Production und unsern Handel hin. Was seinerzeit die Lemberg-Czernowitzer Bahn in ihrem Anschlusse an die russischen und moldau-wallachischen Bahnlinien für die nordwestlichen Kreise unseres Kronlandes sein wird, das könnte, wären nicht außer aller Berechnung stehende Hindernisse eingetreten, die Wasserstraße des Dniesters bereits seit langem für den Stryjer, Brzežaner, Stanislawower, den Czortkower und Kolomeaer Kreis und theilweise auch für die Bukowina sein. Die nördlich sich hinziehende Bahnlinie von Lemberg nach Czernowitz wird zweifellos eine weit über die speciellen Interessen unseres Kronlandes hinausgehende Bedeutung haben, für einige Theile unseres Kronlandes indeß wegen des allzu weiten Querabstandes der oberwähnten Kreise nie ganz genügen können. Stets würde sich das Bedürfniß eines den modernen Anforderungen entsprechenden Verkehrsweges, der die südwestlichen Kreise Galiziens durchzöge, äußern und es lag deßhalb nahe, daß das Augenmerk der Producenten und der Handelswelt auf die von der Natur so überaus günstig angelegte Wasserstraße des Dniesters fiel. Die Schwierigkeiten, die sich der Befahrung des Dniesters durch Dampfer entgegenstellten, waren indeß Anfangs nicht unbedeutende. Das früher gänzlich vernachläßigte Flußbette mußte gereinigt und der Fluß an einigen Stellen regulirt werden. Wie groß die zu beseitigenden Schwierigkeiten waren, mag man schon aus dem Umstande ermessen, daß bis zum Schlusse des Jahres 1863 nicht weniger als 709 mitunter sehr große Eichen, über 100 andere Baumstämme, 2038 Steinblöcke von 2—170 Kubikfuß Inhalt, von denen ein großer Theil erst mit eisernen Keilen oder Pulver gesprengt werden mußte, und circa 5712 Kubikfuß kleinerer Steine aus dem Fahrwasser geräumt und zur Regelung des Stromlaufes zahlreiche Concentrirungsbauten angelegt werden mußten. Die im laufenden Jahre vorgenommenen Arbeiten haben das Werk der Regulirung des Dniesters wieder um ein bedeutendes gefördert und es steht bei der Energie, mit welcher die landesfürstlichen Behörden das Werk betreiben, die Beseitigung aller bedeutenderen Schwierigkeiten auf der Linie von Czartorya, im Stryjer Kreise, bis Okopy an der russischen Gränze in nächster Aussicht. Die Schwierigkeiten der Flußregulirung wären demnach behoben und hoffen wir, daß auch jene geringern, die sich mit Rücksicht auf die Herbeischaffung geeigneter Fahrzeuge in ganz unerwarteter und wir könnten füglich sagen, beispielloser Weise äußerten, bald beseitigt sein dürften und so für den innern Verkehr unseres Kronlandes in Kurzem eine überaus wichtige Linie gewonnen sein wird. Sollte sich überdies die Meldung des „Centralblattes für Eisenbahnen und Dampfschifffahrt" bestätigen, der zufolge der Ingenieur Zapałowicz um die Bewilligung zu den Vorarbeiten für eine die Lemberg-Czernowitzer-Bahn mit dem Dniesterfluße verbindende Zweigbahn eingeschritten ist, so wäre zugleich die Hoffnung vorhanden, daß die zwei sich ergänzenden Hauptverkehrslinien von Ostgalizien einander nahe gerückt und so dem inneren Verkehre die lebhafteste Wechselwirkung eröffnet würde. In wiefern die Wasserstraße des Dniesters auch für unseren äußeren Verkehr von durchgreifender Bedeutung werden dürfte, wird davon abhängen, ob auch von Seite Rußlands ein erkleckliches geschehen wird, der Dampfschifffahrt am Dniester, in so weit es an ihm liegt, die nöthige Unterstützung zu gewähren, und so dem internationalen Verkehre eine Linie geschaffen würde, die sich nahezu 50 Meilen durch unser Kronland ziehen und in das schwarze Meer führen würde.

Landtagsangelegenheiten.

Hermannstadt, 11. August. (Landtagswahlen.) Im Maroser Stuhl, unterer Wahlbezirk: Baron J. Balintlit, Grundbesitzer aus St. Ernye; oberer Wahlbezirk: Anton v. Stojka (Romane), Beisitzer der kgl. Tafel; Stadt Maros-Vasarhely: Graf Dominik Teleki, Baron Albert Banffy (schon früher gewählt); in Deva: Makrai Laßló.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. August. Se. k. k. Apostolische Majestät haben im Laufe des heutigen Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Gestern Vormittags begaben sich der Bürgermeister Dr. Zelinka und die beiden Mitglieder des Volksfest-Comité's die Herren W. Frankl und Th. Metaxa zu Sr. Majestät dem Kaiser, um ihn zum Besuch des Volksfestes einzuladen und zugleich das Festprogramm zu überreichen. Der Kaiser empfing die Deputation in einer Privat-Audienz und erwiderte auf den von dem Bürgermeister vorgebrachten Wunsch, Se. Majestät bei dem Volksfeste zu sehen, ungefähr Folgendes: „Ich danke für die Einladung; es freut mich, vernommen zu haben, daß das heurige Volksfest recht schön sein wird. Ob ich jedoch bei demselben erscheinen werde, kann ich nicht mit Sicherheit versprechen, da ich meinen Geburtstag gewöhnlich im Kreise meiner Familie zubringe." Nachdem Se. Majestät noch einige freundliche Worte an die Gemeinderäthe Frankl und Metaxa gerichtet hatte, wurde die Deputation entlassen.

Die „Wiener Ztg." schreibt: „Man wird begreifen, daß wir in Bezug auf Meldungen der Tagesblätter über Personalien des Allerhöchsten Kaiserhauses und Vorfallenheiten bei Hofe einen sehr wesentlichen Unterschied aufstellen zwischen Nachrichten, die ihrer Bedeutung zufolge der Kenntniß der unserer Herrscherfamilie mit bei uns in Oesterreich altgewohnter Theilnahme zugewendeten Bevölkerung nicht vorenthalten werden sollen, — und jenen geschäftigen Notizen über an sich ganz unerhebliche Vorkommnisse, mit welchen ein Theil der Journale unbekümmert, ob sie wahr, entstellt, zumeist auch bloß erfunden, täglich eine stehende Rubrik ausfüllt. Gegen diese ungebetenen, selbst durch die zahlreichsten officiösen Berichtigungen und Dementis bisher nicht abzuwehrenden Reporters, die gleichsam bis in den häuslichen Bereich einzudringen, von jedem Spaziergange, Erholungsausfluge ꝛc. der Allerhöchsten und Höchsten Persönlichkeiten zu erzählen wissen, wollen gegenwärtige Zeilen gerichtet sein. Sie scheinen nicht zu fühlen, wie selbst der Privatmann sich durch derlei öffentliche Besprechung jeder seiner Schritte belästigt zu finden, dagegen zu protestiren ein Recht hat. Welche Bezeichnung verdient aber eine Geschäftigkeit, welche sich das ohnehin gleichsam im Glashause vorsichgehende Privatleben der erhabenen Kaiserfamilie zum Ziele industrieller Notizensucht wählt? Für jene Zeitungsredactionen also, welche den Sinn und die Absicht der so oft wiederholten Berichtigungen ihrer Anzeigen nicht zu erfassen verstanden, sei dieser Appell an die Gesetze der Discretion gerichtet, die es für unschicksam und mit dem Gefühle wahrer Achtung für die Würde des Regentenhauses unvereinbar halten, einen ständigen Sprechsaal über Vorgänge offen zu haben, welche als Alltagsbegebenheiten an sich belanglos und für niemanden von Interesse — deren auf höchstgestellte Personen sich beziehende jedesmalige Veröffentlichung aber geradezu eine Verletzung schuldiger ehrfurchtsvoller Fernhaltung genannt werden muß."

Baron Scheel-Plessen ist gestern Abends von Altona hier eingetroffen und im Hotel „Munsch" abgestiegen.

Aus Wildbad Gastein wird mitgetheilt, daß am 10. August Vormittags der König von Preußen an einer Gemsenjagd theilgenommen hat, welche bei Himmelswand im Kötschachthale abgehalten wurde, und an der sich noch Fürst Rohan, Graf Paar, Graf Morzin, Minister Bismarck, Graf Kanitz, Baron Steinacker, Dr. Lauer und Baron Wesselenyi betheiligten. Der König, vom Jagdglücke außerordentlich begünstigt, erlegte drei Gemsen; Fürst Rohan schoß ein Stück. In der vergnügtesten Stimmung kehrte die Jagdgesellschaft um halb 2 Uhr in den Curort zurück. Ein grüner Strauß am Jägerhute des Königs, von ihm selbst eigenhändig gepflückt, deutete den glücklichen Jagderfolg an.

Zu Schuselka's Preßproceß erfährt der „Wiener Lloyd", daß die Polizei den „Glossator" der „Reform" eruirt habe. Es soll ein hochgestellter Staatsbeamter in Pension sein. Der Brief des „Glossators" hat auch in Freiwaldau in Schlesien Anlaß zu einer gerichtlichen Procedur gegeben. Der dortige Leseverein ließ nämlich von dem Brief Separatabdrücke machen, weil jedes Mitglied denselben besitzen wollte. Als der Buchdrucker dem Bezirksgericht das Pflichtexemplar vorlegte, wurde ein Protocoll aufgenommen und dasselbe sammt dem Exemplar an die Staatsanwaltschaft in Troppau gesandt.

Deutschland.

Wie der „Alt. M." vernimmt, sollen sich die Meldungen von früheren schleswig-holsteinischen Offizieren und von Offizieren aus den deutschen Bundesstaaten, welche ihre Dienste für eine schleswig-holsteinische Armee (Contingent) angeboten, auf beinahe 1500 belaufen.

In Flensburg traf am Sonntage gegen Abend das dritte Dampfschiff mit entlassenen Schleswigern hier ein. Die Leute wußten nicht genug von den ausgestandenen Qualen, die sie noch in letzter Zeit in Kopenhagen erduldet hatten, zu erzählen. In den nächsten Tagen werden die permittirten Gardisten und Husaren ankommen.

Ueber die Affaire des hannover'schen Lieutenants a. D. Staats Nanne erhält die „Deutsche Allg. Ztg." aus Hannover folgende nähere Mittheilung. Hr. Staats Nanne hatte als Cürassier-Officier das Unglück, bei einem Manöver durch einen Sturz mit dem Pferde invalid zu werden. Einige Jahre später rettete er durch seinen Muth und seine Entschlossenheit die königliche Familie aus einer Gefahr, in welche sie bei einer Dampfschifffahrt auf der Ems gerathen war. Er wurde darauf im Kriegsministerium angestellt. Im Anfang dieses Jahres machte er sich in weiteren Kreisen durch eine Broschüre über die preußische Armeeorganisation, für die er mit Wärme eintrat, bekannt. Während die Preußen vor Düppel lagen, nahm er Urlaub nach Hamburg, ging aber, (wie er behauptet, unter Zustimmung des Generaladjutanten von Tschirschnitz) in das preußische Hauptquartier und wohnte dem Sturme auf Düppel bei. Bei seiner Rückkehr sprach er überall mit der ihm eigenthümlichen Erregtheit zum Lobe der Preußen, vernahm aber auch, daß der König über seinen Schritt ungehalten sei, daß er wegen Mißbrauchs seines Urlaubs zur Untersuchung gezogen werden solle, und daß die Offiziere der Garde du Corps ihn vor der Tischgenossenschaft, die er bisher mit ihnen getheilt, wegen einer Realbeleidigung, die er erfahren haben soll, ausgeschlossen hätten. Der Generaladjutant von Tschirschnitz stellte in Abrede, die Zustimmung zu Nanne's Aufenthalt im preuß. Hauptquartier gegeben zu haben. Nanne behauptet, der Generaladjutant verleugne nun seine eigenen Worte, weil der König mittlerweile geäußert haben soll, daß ein Hannoverscher Officier von den Preußen nichts lernen könne. Staats Nanne machte nun plötzlich die schon erwähnte Reise nach Carsbad, wo er beim Könige von Preußen Audienz erbat und auch erhielt, ohne daß man in Hannover bis zur Stunde wußte, zu welchem Zwecke. Bei seiner Rückkehr aus Carlsbad entnahm Staats Nanne aus einem Besuche des Generalpolizeidirectors, daß er verhaftet werden solle, und begab sich deshalb nach Berlin. Dort schrieb er zwei Broschuren, die gegen die Personen des Generalpolizeidirectors v. Engelbrechten und des Generaladjutanten von Tscherschnitz gerichtet sind, und insofern sie letztern betreffen, auch das Hannover'sche Militärwesen in vielen Beziehungen stark angriffen. Darauf verlangte die Hannoversche Regierung seine Auslieferung von Preußen, welche denn auch bekanntlich auf Grund der bestehenden Vereinbarungen erfolgte. — Wie man nunmehr vernimmt, soll wenige Stunden nach Nanne's Auslieferung, also bereits zu spät, aus Gastein der Befehl des Königs von Preußen eingetroffen sein, Nanne nicht auszuliefern.

In Gotha wird vom 13. bis 14. September die 13. Wanderversammlung deutscher Bienenzüchter stattfinden.

Aus Meiningen wird gemeldet, daß der Minister von Krosigk am 8. d. seine Entlassung erhalten und zur Disposition gestellt worden ist. Herr v. Krosigk war früher preußischer Regierungsbeamter.

Ueber die Motive der letzten Ministerialmodification in Baiern, die zu den verschiedensten Versionen Anlaß gab, bringt die „Allg. Ztg." einen offenbar officiösen Artikel, in welchem es heißt: Eines dürfte vor allem hervorgehoben werden, daß die Gründe dieser Veränderung sowohl auf Seite des Justizministers Freiherrn v. Mulzer als auf Seite des Cultusministers von Zwehl nicht von jungem Datum sind, sondern noch in die Regierungszeit des Königs Max II. zurückreichen. In dem kleinen Kreise von Vertrauten war es längst kein Geheimniß mehr, daß principielle Differenzen, die sich auf die Wirkungskreise des Justizministeriums und des Cultusministeriums bezogen vorhanden seien, welche jeden Tag eine Ministerveränderung möglich machten. Die Zwischenzeit von dem ersten deutlichen Hervortreten dieser Differenzen bis zur endlichen Einreichung der Entlassungsgesuche der beiden Minister scheint der Schärfe und Bedeutung dieser Differenzen nicht das mindeste benommen zu haben. Wenn demnach der regierende König die Entlassungsgesuche seiner Minister annahm, so vollzog er so zu sagen eine letztwillige Verfügung seines Vaters, über dessen bestimmte Willensmeinung in dieser Richtung die hinterlassenen Aufzeichnungen nicht den geringsten Zweifel lassen sollen. Die gesammten Gründe der Entlassung der beiden Minister werden sich wohl noch geraume Zeit der Oeffentlichkeit verschließen. Was die Enthebung des Ministers von Mulzer betrifft, so dürfte in der Hauptsache jene Vermuthung der Wahrheit am nächsten kommen, welche die Gründe in der Unvereinbarkeit der von ihm festgehaltenen Stellung der Gerichte zu den Verwaltungsbehörden gegenüber den Bedürfnissen des Lebens und der Praxis suchen. Freiherr von Mulzer soll sich hievon auf seiner letzten Inspectionsreise selbst überzeugt, eine den Bedürfnissen entsprechende Lösung mit dem von ihm einmal eingenommenen Standpunct jedoch nicht gefunden haben, und hiedurch zur Niederlegung seines Portefeuille veranlaßt worden sein. Zwischen dem Entlassungsgesuch des Justizministers v. Mulzer und jenem des Cultusmisters v. Zwehl besteht in keiner Beziehung irgend ein äußerer Zusammenhang. Während sich das große Publicum über die muthmaßlichen Gründe der Entlassung des Justizministers den Kopf zerbrechen konnte, fanden die entgegengesetztesten Parteien, die Ultramontanen und ihre Gegner, die Entfernung von Zwehls nur zu erklärlich, und beide Theile beeilten sich, diese Entlassung als einen Sieg ihrer Sache darzustellen. Wie schon erwähnt, reichen auch bezüglich des Cultusministers von Zwehl rein sachliche Differenzpuncte noch weit in die Regierungsperiode des Königs Max II. hinein, die sich seitdem auf dieser Seite wohl am allerwenigsten geschwächt oder gemindert haben dürften. Mit der Entlassung des Herrn v. Zwehl wurde ein Signat des regierenden Königs in Verbindung gebracht, worin es angeblich heißen soll, daß der Zweck, um dessentwillen König Max II. die Berufung fremder Gelehrten als wünschenswerth erkannt habe, jetzt als erfüllt zu betrachten sei, und daß fortan nur auf die Verwendung tüchtiger einheimischer Kräfte Bedacht genommen werden müsse. Es liegt darin eine große Entstellung. Allerdings soll ein kgl. Signat über die Berufung auswärtiger Gelehrten auf baierische Lehrstühle erflossen sein, aber in einem ganz andern Sinn als die Blätter berichteten. Die erwähnte kgl. Verfügung soll die Universität Erlangen betroffen haben, wo bekanntlich ein ausgedehntes Berufungssystem ganz eigenthümliche Zustände geschaffen hatte. Gegen ein so übermäßiges Berufungssystem soll der König allerdings seine Bedenken geäußert haben. Der König äußerte die Befürchtung, daß die Berufung auswärtiger Gelehrten, sobald sie im Uebermaß angewendet wird, statt ihres ursprünglichen Zwecks, eine Anregung wissenschaftlicher Bestrebungen in Baiern zu erreichen, auf den Muth junger baierischer Gelehrten lähmend wirke, weil letzteren die Erreichung distinguirter Stellungen und der hierin liegenden Anerkennung ihrer Arbeit dadurch allzu sehr erschwert werde. Der König soll dann den Wunsch an das Ministerium ausgesprochen haben, daß bei der Wiederbesetzung bairischer Lehrstühle stets auf befähigte Inländer und dann auf geeignete Süddeutsche, weil sie dem Wesen des baierischen Volks näher stehen, zuerst Bedacht genommen werde. Was übrigens auch die Gründe der Ministerveränderung gewesen sein mögen, ein Systemwechsel, eine reactionäre und ultramontane Schwenkung ist, wie die „Allg. Ztg." schließlich versichert, in der bisherigen Ministermodification sicherlich nicht zu erkennen.

Der Berliner Polenproceß. [Sitzung vom 10. Aug. Schluß.] Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Präsident, daß nunmehr die von der Staatsanwaltschaft herangezogenen Schriftstücke bis auf wenige verlesen seien und deshalb zu der früher ausgesetzten Vernehmung des erzbischöflichen Syndikus Wegener aus Posen geschritten werden könne. Der Zeuge, aufgerufen, erklärt, daß der Angeklagte, Propst Cyprian v. Jachorowski, mit ihm verschwägert sei. Demnächst theilt er mit, daß der flüchtige Angeklagte v. Guttry ihm ein Packet in grauem Papier mit 3 oder 5 Siegeln versehen und Schriften enthaltend zur Abgabe an den Grafen Dzialyński übergeben und er diesen Auftrag auch ausgeführt habe. Graf Dzialyński habe ihm einen Empfangsschein darüber gegeben, welchen er nach Berlin an v. Guttry gesendet habe.

Es folgt die Vernehmung zweier Schreibverständiger, Kanzleidirector Mätze und Kreisgerichts-Secretär Eckert aus Posen, über zwei Schriftstücke, welche von der Hand des Angeklagten v. Guttry herrühren sollen. Dem Gutachten zu Grunde gelegt sind zwei Guttry'sche Eingaben an einen Justizcommissär und einen Landrath. Die beiden Schreibverständigen erklären übereinstimmend, daß sämmtliche Schriftstücke von einer Hand herrühren. Die Schriftstücke zeigten denselben allgemeinen Charakter, dieselben speciellen Merkmale der einzelnen Buchstaben und dieselbe charakteristische Unterschrift. Ueber dieses Zeugniß erhebt sich eine längere Discussion. Auf Befragen des Rechtsanwalts v. Janecki erklären beide Sachverständige, daß sie der polnischen Sprache, in welcher die Schriftstücke geschrieben sind, nicht mächtig seien; Rechtsanwalt Holthoff stellt an den Gerichtshof die Frage, welche Gewähr dafür vorliege, daß v. Guttry jene beiden „Eingaben" wirklich geschrieben habe. Der Präsident erwidert, daß, wenn die Echtheit dieser Schriftstücke bezweifelt werden sollte, die Staatsanwaltschaft den Beweis dafür zu erbringen habe. Rechtsanwalt Brachvogel richtet an den Zeugen Mätze die Frage, ob er sein früher abgegebenes Gutachten hier nochmals durchgelesen habe. Zeuge: Ja. Präsident: Das scheint von großer Gewissenhaftigkeit des Zeugen zu bekunden. Rechtsanwalt Brachvogel: Er gebe dies zu, aber für die Vertheidigung sei es von Bedeutung, wie er später ausführen werde. Rechtsanwalt v. Janecki bestreitet, daß die Handschriften gleich sind. Die Anklage müsse diesen Beweis erbringen, habe ihn aber nicht erbracht, weil Sachverständige vernommen seien, welche der polnischen Sprache nicht mächtig seien. Man könne aber nur ein Gutachten abgeben über eine Schrift, wenn man der Sprache, in der sie geschrieben, mächtig sei, da jede Nation in besonderer Weise zu schreiben pflege. Es entstünden oft Aehnlichkeiten unter den Schreibarten, welche leicht Verwechslungen herbeiführten. Er beantrage deshalb die Vernehmung der Sachverständigen, welche der Angeklagte Dr. v. Niegolewski vorgeschlagen habe, nämlich der Herren Figurski und Konkiel. — Der Staatsanwalt Mittelstädt erwidert, daß die beiden Sachverständigen in Posen angestellt seien und dergleichen Schriften vielfach gesehen hätten. Die Vergleichung der Schriftzüge sei übrigens nie ein stricter Beweis; es komme dabei stets auf das Ermessen des Gerichtshofes an. Rechtsanwalt Holthoff: Es habe die Vergleichung von Schriftstücken stattgefunden, ohne daß nachgewiesen worden, daß auch nur eines dieser Schriftstücke wirklich von dem Angeklagten v. Guttry herrühre. Dieser Beweis hätte von der Staatsanwaltschaft zuerst geführt werden müssen. Ober-Staatsanwalt Adelung: Die beiden zum Grund gelegten Eingaben trügen Guttry's Unterschrift und beträfen geschäftliche Angelegenheiten, so daß man wohl annehmen könne, sie seien echt. Sollte der Gerichtshof diese Ueberzeugung nicht gewinnen, so würde er die Vernehmung der betreffenden Adressaten beantragen müssen. Rechtsanwalt Holthoff erwidert, wie der Umstand, daß der Name v. Guttry darunterstehe durchaus kein Gewähr für die Echtheit der Schreiben biete. Die Adressaten würden ebenfalls nichts weiter bekunden, sondern nur ein Urtheil abgeben können. Der Ober-Staatsanwalt protestirt gegen die Vernehmung der Gegen-Sachverständigen. Hierauf zieht der Gerichtshof sich zur Berathung zurück und faßt folgenden Beschluß: Da die Vertheidigung behauptet habe, daß die Schriftstücke, welche heute vorgelegt worden seien, nicht von der Hand des v. Guttry herrühren und Sachverständige gegen das heute abgegebene Gutachten aufgestellt habe, so habe der Gerichtshof beschlossen, diese Sachverständigen vorzuladen, gleichzeitig auch behufs der Beweisaufnahme über die Authenticität der Schriftstücke, dem Antrag des Staatsanwalts gemäß, die Adressaten zu vernehmen.

Danach schließt die Sitzung gegen 3 Uhr. Die nächste

Sitzung findet, verschiedener Vorbereitungen wegen, erst am künftigen Dienstag statt. In der nächsten Woche werden alsdann 5 Sitzungen abgehalten werden.

Das Stettiner Flotten-Comité hat der Marine-Intendantur in Berlin eine Anweisung auf die Erhebung von 1000 Thaler für die Mannschaft des preußischen Kanonenbootes „Blitz“ übersandt. Obwohl der ursprüngliche Beschluß die Wegnahme oder Zerstörung eines dänischen Kriegsschiffes im Kampfe als Bedingung für die Auszahlung obiger Summe vorgesehen hatte, so gab doch das Comité seinem Beschlusse gern eine weitere Ausdehnung, nachdem unter andern das armirte dänische Kanonenboot „Liimfjord“ durch Capitulation von obigem Kanonenboote genommen ist.

Frankreich.

Paris, 10. August. Der Appell der Dreizehn ist am 9. deponirt worden und die Angelegenheit wird, wie es heißt, schon am 25. August vorkommen. Am Samstag erscheinen die Verhandlungen der Sechsten Kammer als Broschüre. Die Sache wird noch viel Gerede machen. Der „Moniteur“ bringt heute in einer Beilage die Debatten des Processes der Dreizehn vollständig; dieselben füllen 24 große Spalten des amtlichen Blattes. — Rouher hat das Staats- und Baroche das Justiz-Ministerium wieder übernommen; Vaillant führte beide während der Abwesenheit dieser Minister. — Während man die Gerüchte vom Rücktritt Fould's und seiner Ersetzung durch Armand Béhic aufrecht erhält, gibt man diesem den Marineminister Grafen Chasseloup-Laubat zum Nachfolger. Als Ersatz für den letzteren hält man den Admiral Rigault de Genouilly in Bereitschaft. — Die Regierung hat bei den letzten Wahlen Glück gehabt. Auch in Aude, wo an des verstorbenen Deputirten Debeaux' Stelle eine Neuwahl erfolgte, erhielt von 41.000 eingeschriebenen Wählern der Regierungs-Candidat Peyrusse 91.828 Stimmen.

Wie bereits gemeldet, beschäftigte sich der Staatsrath in der letzten Zeit mit der Frage des gesetzlichen Zinsfußes. Das Resultat dieser Arbeiten ist, sicherem Vernehmen nach, ein Gesetzentwurf, welcher den legalen Zinsfuß für den commerciellen Verkehr gänzlich aufhebt, für alle bürgerlichen Geschäfte jedoch in Höhe von sechs Percent fortbestehen läßt. Dieser Entwurf soll in der nächsten Session eingebracht werden.

Prinz Napoleon hat in Gesellschaft der Prinzessin Murat und seiner Begleitung am Sonnabend seine Corvette in Grenock verlassen, um eine Tour auf den schottischen Seen bis hinauf nach Inverneß zu machen. Unter dem Titel eines Grafen v. Meudon reisend, besuchte er in Grenock mehrere Schiffswerften, woselbst auch eben mehrere große Dampfer für Rechnung der Französischen transatlantischen Postpacket-Gesellschaft im Bau begriffen sind. Des Prinzen eigene Corvette ist ein schmuckes Fahrzeug aus Holz. Das Interessanteste an derselben ist, daß sie eine kleine Dampfyacht von nicht mehr als ungefähr 6 Tonnen mit sich führt. Sie hängt zu Seiten der Corvette, ist ganz mit Mahagoni überkleidet und führt eine doppelte Schraube.

Wie der „Guienne“ von Bordeaux berichtet wird, hätte der Polizei-Präfect von Paris die Ausgabe der Scheine einer polnischen National-Anleihe von 40 Mill. zur Unterstützung der Verwundeten, der Wittwen und Waisen untersagt. Die Scheine lauten auf 60 Cent.

Großbritannien.

Am 9. d. wurde in Dublin der Grundstein zu dem O'Connell-Denkmal gelegt. Niemals vorher hatte man eine derartige Volksdemonstration in Dublin gesehen. Die Menschenmenge bildete eine endlose Procession, die Begeisterung war unbeschreiblich. Auf dem Abends unter Vorsitz des Lordmayors abgehaltenen Bankette wurde ein Toast auf die Königin mit großem Jubel aufgenommen.

Dänemark.

Am 5. August wurde vom Admiralitätsgericht zu Kopenhagen der am 29. Juni wegen angeblichen Bruches der Blokade von Swinemünde bei der Greifswalder Oie aufgebrachte englische Schooner „Glen Grant“, Capitain Tarras, aus Peterhead, nebst Inventar und Ladung für gute Prise erklärt. Das Interessante an dem vorliegenden Falle ist, daß die Condemnirung des Schiffes vier Tage nach Abschluß der Friedens-Präliminarien und des Waffenstillstandes erfolgte.

Italien.

Aus Turin wird gemeldet, die Frage wegen Auflösung der Kammer sei im letzten Ministerrathe endgültig dahin entschieden worden, daß vorderhand bis zum Herbst von dieser Maßregel Abstand genommen werden solle.

Die Turiner „Gazette ufficiale“ greift den Hirtenbrief des Erzbischofs von Wien über die päpstliche Anleihe heftig an.

Rußland.

Der „NPZ.“ wird aus Warschau, 9. August, geschrieben: Die Nachricht, daß Se. Maj. der Kaiser Alexander auf seiner Reise zur Abholung J. M. der Kaiserin aus Deutschland Warschau berühren werde, fängt an immer mehr Wahrscheinlichkeit zu gewinnen und die Stadt schickt sich an, den Empfang so feierlich wie noch niemals zu machen. Man hofft dadurch den Kaiser zu einem längeren Aufenthalt, als zu einer bloßen Truppen-Revue erforderlich sein würde, zu veranlassen und die Verzeihung des milden kaiserlichen Herrn zu erhalten. Wie es heißt, sind die silbernen Geräthe bereits bestellt, auf und in welchen, nach slavischer Sitte, Brod und Salz, so wie die neu vergoldeten Stadtschlüssel dem Kaiser überreicht werden sollen. Die dabei mitwirkenden Personen werden sich aber wohl zugleich auf eine ernsthafte Anrede Sr. Majestät gefaßt zu machen haben, die wahrscheinlich strenger, als diejenige sein dürfte, womit der Kaiser den polnischen Adel und die Bürger bei seinem ersten Einzuge in Warschau nach der Thronbesteigung empfing. Er rief ihnen damals zu: „Pas des rêveries, pas des rêveries!“ aber die Polen haben sich doch nicht abhalten lassen, diesen Träumereien blutigen Ausdruck zu geben. Das Herz des menschenfreundlichen Monarchen wird, wie man hofft, Gnade üben; aber vergessen kann Rußland diesen polnischen Aufstand so bald wohl nicht, und wird sich für künftige Eventualitäten sicherzustellen suchen. Je früher indeß die Polen ihre Illusionen, wofür das arme Land so schwer gezüchtigt worden ist, aufgeben und sich aufrichtig an das so stark im Aufblühen begriffene Rußland anschließen, desto eher wird auch Polen wieder zum Wohlstande gelangen. (Stellt doch Hr. Rapacki oder wer für ihn das Wort führte, in seinem Schreiben als einziges Mittel zur Rettung Polens den innigen Anschluß an die benachbarten slavischen Stämme i. e. Rußland vor.)

Am 9. d. M. Vormittags ist die Maschine des russischen Güterzuges auf der Strecke zwischen Sosnowice und Kattowitz entgleist. Hiebei wurden 10 Wagen vollkommen zertrümmert. Außerdem ist ein Glockenhaus, sowie das nächststehende Wärterhaus gänzlich demolirt worden. Ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 13. August.

* Nächsten Dinstag, 16. d., findet die Benefiz-Vorstellung des beliebten Komikers und Regisseurs Herrn Ernst statt, in welcher Ernst und Scherz nebst neuen Couplets des Benefizianten für die beste Unterhaltung der hiesigen zahlreichen Theaterfreunde sorgen werden. Es kommt „Mönch und Soldat“ von Kaiser zur Aufführung. Benefiziant hat sich ausdrücklich zu dieser Vorstellung heiteres Wetter bestellt in der Voraussicht, daß ihm auch seine Gönner keinen Strich durch die Rechnung machen.

* [Stand der Rinderpest.] In der Zeit vom 15. bis Ende Juli l. J. ist im Lemberger Verwaltungsgebiete in zwei Ortschaften und zwar in Udnow und Zubowmosty des Żółkiewer Kreises die Rinderpest erloschen. Neue Seuchenausbrüche sind keine zur Anzeige gekommen. Es werden demnach noch 21 von der Seuche ergriffene Ortschaften ausgewiesen, wovon 7 dem Tarnopoler, je 6 dem Żółkiewer und Złoczower, und je 1 dem Stanislauer und Lemberger Kreise angehören, in denen bei einem Viehstande von 8715 Stücken in 296 Höfen 1164 erkrankt, 147 genesen, 830 gefallen sind, und 122 kranke nebst 74 seuchenverdächtige gekeult wurden. In 13 Ortschaften, u. zw.: in Folwarki wielkie, Smolno, Chmielno, Jakimow des Złoczower, Kutzów, Wołswin, Jastrzębica, Groß-Mosty, Kupiczwola des Żółkiewer, Dubowce, Szlachcince, Czernichowce des Tarnopoler und Alt-Łysiec des Stanislauer Kreises werden noch 65 seuchenkranke Stücke im Ausweise angeführt.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Ausweis über die Betriebseinnahmen der k. k. priv. gal. Carl Ludwig-Bahn im Monat Juli (Betriebsstrecke 47⅞ Meilen.): Anzahl der Reisenden 28.267. 85.517 fl. 30 kr.; Frachtentransport 753.768 Zoll-Zentner, 431.286 fl. 49 kr. Total-Einnahme 516.803 fl. 79 kr. Hiezu vom 1. Jän. bis 30. Juni d. J. 143.660 Reisende, 398.677 fl. 58 kr., Frachten-Transport 4,003.912 Zoll-Zentner, Einnahme 2,855.032 fl. 6 kr. Total-Einnahme vom 1. Jänner bis 1. August 1864: 3,371.835 fl. 85 kr. Die Brutto-Einnahme im Monat Juli 1863 betrug 303.126 fl. 9 kr. Außerdem wurden 42.286 Zoll-Zentner diverse Regiegüter ohne Anrechnung der Frachtgebühr befördert.

— Der Magistrat der königl. Hauptstadt Lemberg macht unter dem 10. d. M. bekannt, daß aus Anlaß der in der nächsten Umgebung von Lemberg herrschenden Rinderpest der Nutzviehmarkt eingestellt worden ist.

— [Carl Ludwigbahn.] Die Vorhersagung der Berliner „Börsen-Zeitung“ ist schnell eingetroffen: Die Actien der galizischen Carl Ludwigbahn wurden bereits am 9. d. M. auf der Berliner Börse formell eingeführt, und es fanden darin große Umsätze zum Curse von 110¾—111½ Thaler (d. h. für 150 fl. gleich 100 Thaler) statt. Spätere Telegramme melden bereits einen Curs von 112½ 114½.

— (Anglo-Austrian Bank.) Die „O. P.“ meldet: „Die anglo-österreichische Bank hat beschlossen, auf die eingezahlten 30 Percent für das abgelaufene Semester eine Abschlags-Dividende von 3 Percent zu zahlen. Es würde dies auf 6 Pfund Sterling = 3 Schilling 7½ Pence oder auf 60 fl. = 1 fl. 80 kr. Silber betragen. Die Erträgnisse des ersten Halbjahres ermöglichen, wie verlautet, zwar eine höhere Dividende, doch wird deren Vertheilung einer erst nach Ablauf des Jahres zu fassenden Beschlußfassung vorbehalten. Von einer weiteren Einzahlung dürfte vorläufig Abstand genommen werden.“

Breslau, 12 August. Amtliche Notirungen. Preis für einen preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergr. = 5 kr. öst. W. außer Agio: Weißer Weizen von 62 — 75. Gelber 61 — 70. Roggen 38 — 44. Gerste 32 — 38. Hafer 29 — 32. Erbsen 48 — 57. — Rothe Kleesaaten für einen Zollcentner (89½ Wiener Pf.) preuß. Thaler (zu 1 fl. 57½ kr. österreichischer Währ. außer Agio) von 9—13½ Thlr. Weiße von 9—16½ Thlr.

Berlin, 11. August. Freiw. Anlehen 101¾. — 5⁰⁄₀ Met. 63½. — Wien 87½. — 1860er-Lose 84½. — Nat.-Anl. 71. — Staatsb. 115¼. — Credit-Actien 85¾. — Credit-Lose —. — Böhm. Westbahn 70½. — 1864er Lose 54¾. — 1864er Silber-Anl. 76¾. — Galizier 115¼.

Frankfurt, 11. August. 5percent. Met. 61⅞. — Anl. vom J. 1859 80⅝. — Wien 102½. — Bankactien 800. — 1854er Lose 77. — Nat.-Anl. 68⅝. — Staatsb. 201. — Cred.-Act. 199¼. — 1860er Lose 84⅝. — 1864er Lose 96. — 1864er Silber-Anlehen 77.

Hamburg, 11. August. Credit-Actien 83¼. — Nat. Anl. 70. — 1860er Lose 83⅜. — 1864er Lose fehlt. — Wien —.—. Discont 5 Percent.

Paris, 11. August. Schlußcurse: 3perc. Rente 66.40. — 4½perc 95.—. — Staatsbahn 428. — Credit Mobilier 1007. — Lomb. 538. — Oesterr. 1860er Lose fehlt. — Piem. Rente 68.—. — Consols mit 89¾ gemeldet.

Wien, 12. August Abends [Czas]. Nordbahn 1907. — Credit-Actien 195.80. — 1860er Lose 96.—. — 1864er Lose 92.50.

Paris, 12. August. 3⅝ Rente 66.40.

Lemberg, 11. August. Holländer Dukaten 5.37 Geld, 5.43 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.40 Geld, 5.47 W. — Russischer halber Imperial 9.31 G., 9.44 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.76 G., 1.78 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.55 G., 1.57 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.70 G., 1.72 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 74 85 G., 75.70 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 78.63 G., 79.43 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 74.88 G., 75.62 W. — National-Anlehen ohne Coup. 80.27 G. 81.— W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 253.50 G. 257.17 W.

Krakauer Cours am 12. August. Altes polnisches Silber für fl. p. 100 fl. p. 110 verl., 108 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 116 verl., 114 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. p. 97 verlangt, 96 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 435 verl., 429 bez. — Russische Papierrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 155½ verl., 153 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. öst. W. 171½ verl., 169½ bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 88½ verl., 87½ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 114 verl., 113 bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.51 verl., 5.41 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.50 verl., 5.40 bez. — Napoleond'ors fl. 9.28 verl., fl. 9.13 bez. — Russische Imperials fl. 9.52 verl., fl. 9.37 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in österr. W. 76 verl., 75 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in C.-Mze. fl. 79¾ verl., 78¾ bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 77¼ verl. 76¼ bez. — Actien der Carl Ludwigs-Bahn, ohne Coupons fl. österr. Währ. 260 verl., 258 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Die Nachricht, der Großherzog von Oldenburg halte sich im strengsten Incognito in Paris auf, beruht laut der „France“ auf einer Verwechslung. Ein Mitglied des oldenburg'schen Hauses weilt allerdings in Paris, es ist jedoch nicht der Großherzog selbst.

Der Kaiser von Rußland hat, wie der „Dziennik Warsz.“ meldet, zu Behuf einer stufenmäßigen Durchführung des Kriegsstandes der Truppen auf Friedensfuß die Aufhebung der Ausnahmemaßregel verfügt, auf Grund deren die nicht ein ganzes Jahr in Demission befindlichen Offiziere von neuem in Dienst treten konnten.

Der „Kiewjanin“ enthält einen umfangreichen Artikel, der die Entdeckung der revolutionären Organisation in mehreren Ortschaften des Landes anzeigt. Sie wurde durch die im vergangenen Jahr bei Festnahme des Warschauer Agenten des Centralcomité Drużbacki in Kiew aufgefundenen Papiere herbeigeführt. Die hier gegebenen Details betreffen den revolutionären Organismus im Lucker Kreis und die Mitglieder des Comité der Regierung mit ihrem Sitz in Żytomir.

Wien, 12. August. Die „G. C.“ schreibt: Dem Vernehmen nach hat der oberste Gerichtshof in dem mehrerwähnten Preßprocesse der Tyroler Schützen-Zeitung der außerordentlichen Berufung des Redacters Schönherr gegen die beiden Schulderkenntnisse der ersten und zweiten Instanz stattgegeben und den genannten Redacteur von der Anklage wegen Vergehen nach §. 305 St. G. B. losgesprochen und schuldlos erklärt, so wie von der Tragung der Kosten des Strafverfahrens losgezählt.

Aus Kopenhagen vom 8. Abends theilt man der „G.-C.“ in Anknüpfung an die gestern veröffentlichte Nachricht mit, daß mehreren Mitgliedern des Reichsrathes der Entwurf der nach Wien zu sendenden Instructionen in vertraulicher Weise vorgelegt wurde und daß diese Deputirten höchst wahrscheinlich hiedurch veranlaßt sein würden, zu einer Besprechung zusammenzutreten. Auf den folgenden Tag, den 9., hatte der König den Staatsrath zu einer Sitzung behufs Begutachtung des, wie es hieß, sehr umfangreichen Instructionsentwurfes berufen.

Ein Turiner Correspondent der „G.-C.“ spricht vom Wiedereintritt Ratazzi's an die Spitze des Ministeriums. Ratazzi, schreibt derselbe, würde jedenfalls die Politik des status quo, die Politik der energischen That und — lassen Sie mich das Wort aussprechen — die Politik des Staatsstreiches repräsentiren, zu dem ohnehin unser Curator an der Seine den König seit Längerem fort und fort drängt. Nun beweisen aber bei uns zahlreiche Symptome aus neuester Zeit, daß eine gemäßigte und gesunde Reaction selbst unseren fast ganz unterwühlten Boden sehr empfänglich dafür finden würde.

Man schreibt der „G.-C.“ aus Turin vom 7. d.: Die Kreise der hier befindlichen revolutionären Flüchtlinge hat es sehr allarmirt, daß zwei ungarische Emissäre von den Donaufürstenthümern hierher unter dem Vorwande zurückgekehrt sind, es sei ihnen nicht möglich gewesen, die Aufträge der Actionspartei auszuführen. Mit den Polen — erzählt man weiter — welche in den moldau-walachischen Provinzen sich den Ultramagyaren anschließen sollten, wäre nichts anzufangen gewesen, weil jene in verschiedene Parteien gespalten, jede gemeinsame Operation unmöglich gemacht. Die Polen haben indeß ihrerseits hierher berichtet, daß die magyarischen Parteiführer sich bei den Berathungen so anmaßend und eigensinnig benahmen, daß die Polen die Allianz mit dem „ohnedies sehr zweifelhaften Magyarismus“ ablehnen mußten.

Berlin, 12. August Ab. („Cz.“). Die „Nordd. Allg. Z.“ von heute spricht von dem Erlaß einer königlichen Ordre, die die Entlassung einer gewissen Anzahl von Soldaten verfügt.

Hamburg, 11. August, Nachts. Die gestrige „Berling'sche Ztg.“ enthält eine Bekanntmachung des GL. Steinmann, ddo. 8. d. M., welche den Belagerungszustand auf Fühnen und den umliegenden Inseln, so wie die in Folge des Belagerungszustandes getroffenen außerordentlichen Veranstaltungen aufhebt, und sagt, daß die Verbindung mit den vom Feinde besetzten Landestheilen bis auf weiteres nicht stattfinden könne.

Altona, 11. August. Die „Schleswig-Holst. Ztg.“ meldet: Baron Scheel-Plessen sei zur Vertretung der Herzogthümer bei den Verhandlungen über die financielle Theilung nach Wien berufen worden.

Ein Telegramm der „Presse“ aus Altona, 11. August, meldet gerüchtweise, es stehe ein Antrag Preußens und Oesterreichs am Bunde bevor, des Inhalts, daß der Herzog von Augustenburg während der Interimszeit die Herzogthümer zu verlassen habe.

Brüssel, 11. August. („Pr.“) Generalmajor Baron Fritsch ist in Begleitung eines sächsischen Oberstlieutenants in besonderer Mission des Königs von Sachsen an den derzeit in Ostende weilenden König von Württemberg hier durchgereist.

Brüssel, 11. August, Nachts. In Brüssel wird die Liste der liberalen Association sicher durchgehen. In Brügge ist wider Erwarten die Wahl sämmtlicher Liberalen durchgesetzt worden. Dasselbe war in Charleroi der Fall, wo Dechamps mit einer Majorität von 700 Stimmen geschlagen wurde. In Gent werden wahrscheinlich ebenfalls die Liberalen siegen. In Lüttich, Mons, Huy, Arlons und Vierton haben die Liberalen einen vollständigen Sieg errungen. In Namur wurden Ein Liberaler und drei Klericale gewählt. In Nivelles ist der Sieg noch zweifelhaft. In Tongern sind die Anhänger der liberalen Partei geschlagen worden, und in Dinat und Hasfelt wurden die Klericalen wiedergewählt. In Abst wird wahrscheinlich die Wahl eines Liberalen durchgehen.

Das definitive Wahlresultat ist die Wahl von 52 Abgeordneten der klericalen und von 64 der liberalen Partei. In Antwerpen sind Klericale gewählt worden.

Brüssel, 12. August. Bei einer hier vorgenommenen engern Wahl wurde Bleminkx zum Deputirten gewählt. In Gent blieben in der engern Wahl die Liberalen Sieger. In Bastogne ist van Hoorde gewählt worden.

Paris, 11. August, Abends. Im letzterschienenen Bankausweise wird eine Vermehrung des Banktresors um 2 Millionen und eine Verminderung des Metallvorrathes um 4⅓ Millionen, des Portefeuills um 12½ Millionen, der Bankbillette um 9⅗ Millionen, der besonderen Conti um 9 Millionen Frcs. ausgewiesen.

Bukarest, 10. August. Bei den Wahlen für die Municipalität der Stadt Bukarest hat die liberale Partei entschieden gesiegt, indem von ihren Candidaten 11, von den Candidaten der Regierung nur 6 gewählt wurden. Rosetti, Bratiano und andere Führer der liberalen Partei befinden sich unter den Gewählten.

Levantinische Post. Constantinopel, 6. August. Der Artilleriegeneral Aali Pascha wurde zum Gouverneur von Belgrad ernannt. — Die arabischen Rebellen bei Bagdad wurden gezüchtigt. — Fürst Callimachi wird pensionirt, an dessen Stelle kommt Dschemil Bey, gegenwärtig in Paris. Halil Bey kommt von Petersburg nach Paris, Haidar Effendi, Commissär in Tunis, nach Petersburg. — Das Ministerium befahl die Anlegung einer Straße von Trebinje nach der Suttorina und einen Hafenbau daselbst.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Wiener Börse-Bericht

vom 11. August.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	68.—	68.10
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	80.65	80.75
vom April — October	80.80	80.90
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	72.65	72.80
dtto „ 4½% für 100 fl.	64.25	64.50
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	159.—	159.50
„ 1854 für 100 fl.	90.25	90.50
„ 1860 für 100 fl.	98.—	98.20
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	92.60	92.70
„ zu 50 fl.	92.60	92.70
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.50	18.—

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	88.50	89.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	93.—	94.
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.50	89.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	75.—	75.25
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	73.75	74.25
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	75.50	76.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	74.40	75.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	72.50	72.90
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	72.50	72.75

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	783.—	784.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	195.10	195.20
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	615.—	617.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. CM.	1915.	1917.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	195.75	196.25
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	135.25	135.75
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	122.50	123.—
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	246.—	248.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	259.—	259.50
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	459.—	460.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	241.—	243.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	368.—	372.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	440.—	460.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	158.50	159.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CMze 10jährig zu 5% für 100 fl.	102.25	102.50
der Nationalbank auf CMze verlosbar zu 5% für 100 fl.	92.25	92.50
der Nationalbank auf östr. W. 12monatlich zu 5⁰⁄₀ für 100 fl.	—.—	—.—
der Nationalbank auf östr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.—	88.20
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	75.—	75.50

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	129.75	130.—
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	85.75	86.25
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	105.50	106.50
„ „ zu 50 fl. CM.	48.—	49.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	25.25	25.50
Esterhazy zu 40 fl. CMze	98.—	99.—
Salm zu 40 fl. „	30.75	31.25
Palffy zu 40 fl. „	28.50	29.—
Clary zu 40 fl. „	25.75	26.25
St. Genois zu 40 fl. „	26.—	26.50
Windischgrätz zu 20 fl. „	18.50	19.—
Waldstein zu 20 fl. „	17.—	17.50
Keglevich zu 10 fl. „	13.—	13.25
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	11.75	12.—

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 4%	96.50	96.60
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 3½%	96.70	96.75
Hamburg, für 100 M. B. 4½%	85.75	85.75
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	114.60	114.70
Paris, für 100 Francs 6%	45.55	45.60

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	5	46½	5	47½
„ vollw. Dukaten	—	—	—	—	5	46½	5	47½
Krone	—	—	—	—	15	80	15	85
20 Francstücke	9	22	—	—	9	22	9	23
Russische Imperiale	—	—	—	—	9	42	9	45
Silber	—	—	—	—	113	50	113	75

Des auf Montag fallenden h. Festes wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes Dinstag.

Amtsblatt.

N. 16023. **Kundmachung.** (839. 1-3)

Laut h. Erlasses vom 31. Mai 1864, Z. 6930, hat das h. Handelsministerium, das dem Zahnarzte Josef Sigmund Ujhely auf die Erfindung eines Zahnpulvers sammt Mundwasser, genannt „Melanion" unterm 12. Mai 1862 ertheilte ausschließende Privilegium, auf die Dauer des dritten Jahres verlängert.

Krakau, 24. Juni 1864.

Nr. 4163. **Kundmachung.** (833. 2-3)

Für die Unterbringung der politischen Landesbehörde in Krakau und für die Naturalwohnung des Präsidenten oder Vorstandes dieser Behörde, sind vom 1. Jänner 1866 angefangen, nachstehende in einem der Bestimmung ganz angemessenen Stande befindliche Localitäten die in einem oder auch in zwei oder drei, jedoch unmittelbar anstoßenden Gebäuden sich befinden müssen, nöthig und zwar: 2 Säle, 28 große und 29 mittlere und kleine Zimmer, 3 Vorzimmer, von denen ebenerdig 4 große und 2 kleinere Zimmer gewölbt sein müssen, 2 Magazine, eine große Küche mit geräumiger Speis-Waschküche, 2 Kammern, Boden, Pferdestall nebst Kutscherzimmer und Geschirr-Kammer, dann Wagenremise, mehrere Keller, dann geräumige Holz- und Kohlen-Depositorien, endlich ein Zimmer nebst Küche für einen Amtsdiener, eine derlei Wohnung für den Portier, und ein Zimmer für den Hausstruschen.

Personen, die für diesen Zweck angemessene Gebäude dem Aerar zu vermiethen wünschen, wollen ihre diesfälligen Erklärungen unter genauer Angabe der Vertragsbestimmungen, und mit einer die Dimensionen genau bezeichnenden Planskizze bis 1. October dieses Jahres beim Präsidium der k. k. Statthalterei-Commission überreichen.

Was die Vertrags-Bedingnisse betrifft, so werden die Offerenten darauf aufmerksam gemacht, daß das Aerar neben der Zahlung eines angemessenen Miethzinses allenfalls auch noch die Verpflichtung zur Bewirkung der im Laufe der Miethzeit nöthig werdenden Herstellungen der inneren Bestandtheile der Localitäten — als: Tapeten, Zimmermalereien, Parquetten, Fußböden, Oefen, Fenster und Thüren in den Sälen, Zimmern, Küchen und Kammern, keineswegs aber die Tragung der auf den Gebäuden haftenden Steuern und Lasten, sowie die Erhaltung im guten Stande von sonstigen Bestandtheilen der Gebäude wird übernehmen können.

Vom Präsidium der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau am 6. August 1864.

Obwieszczenie.

Celem umieszczenia Rządu krajowego w Krakowie wraz z pomieszkaniem dla prezydenta lub naczelnika tegoż rządu poszukuje się od pierwszego Stycznia 1866 r. odpowiednich lokalów w jednym lub dwóch bezpośrednio przyległych budynkach.

Lokale te składać się mają z dwóch sal, 28 dużych, 29 średnich i małych pokoi, (z któréj to liczby 4 duże a 2 małe pokoje sklepione na samym dole znajdować się muszą) 3 przedpokoi, 2 magazynów, dużéj kuchni z obszérną spiżarnią i pralnią, 2 składów, strychu, stajni wraz z pomieszkaniem dla stangreta, z komórki na składanie rekwizytów stajennych, wozowni, kilku piwnic i obszérnego składu na węgle i drzewo, wreszcie ze stancyi i kuchni dla woźnego, z takiegoż mieszkania dla odźwiernego i ze stancyi dla stróża.

Osoby życzące sobie odpowiedni budynek c. k. Skarbowi wynająć, zechcą złożyć deklaracye w Prezydyum c. k. Komisyi Namiestnictwa do dnia 1go Października r. b. z wyszczególnieniem warunków przedugodnych i dołączeniem dokładnego planu pod względem wewnętrznych rozmiarów budynku.

Zwraca się uwagę oferentów, iż c. k. Skarb zobowiązuje się przez czas trwania dzierżawy oprócz płacić się mającego czynszu, wszelkie konieczne wewnętrzne reparacye jako to: obijanie i malowanie pokoi, dawanie posadzki i podłóg, stawianie pieców, drzwi i okien w salach, pokojach, kuchni i składach, własnym kosztem uskutecznić, jednakowoż nie przyjmuje obowiązku płacenia przypadających podatków rządowych i innych ciężarów, oraz utrzymywania w dobrym stanie reszty budynku.

Z Prezydyum c. k. Komisyi Namiestnictwa.

Kraków, dnia 6 Sierpnia 1864.

Nr. 2929. **Kundmachung.** (832. 2-3)

Am 22. August 1864 wird bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction in Wieliczka die wiederholte Concurrenzverhandlung wegen Sicherstellung des Bedarfes der Bochniaer Saline an fertigen Salzfässern, dann Ausbesserung der geförderten gepackten Salzfässer und Lieferung des zu dieser Ausbesserung erforderlichen zugerichteten Faßmaterials in den Jahren 1865, 1866 und 186Sieben abgehalten werden. —

Der beiläufige jährliche Bedarf beträgt:

7000 Stück ganze und 50,000 Stück halbe Fässer.

Eine gleiche Anzahl der gepackten Salzfässer wird bei der Förderung und Expedition auszubessern sein.

Der beiläufige jährliche Bedarf an zugerichteten Faß-Materiale ist:

In großen	Faßtaufeln	80	Schock
„	„	fertigen Böden	60	„
„	„	Reifen	1000	„
„	„	Sperrstücken	460	„
„	kleinen	Faßtaufeln	200	„
„	„	fertigen Böden	200	„
„	„	Reifen	2500	„
„	„	Sperrstücken	2000	„

Diejenigen, welche diese Lieferung zu unternehmen wünschen, werden eingeladen, ihre mit dem, dem Preisanbote entsprechenden 10% Vadium zubelegenden schriftlichen Offerte bis Schlag 12 Uhr Mittags des Verhandlungstages wohlversiegelt in der Kanzlei des k. k. Berg- und Salinen-Directions-Vorstandes zu überreichen.

Die näheren Bedingnisse dieser Verhandlung können in der Amtskanzlei der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Wieliczka und der k. k. Salinen Berg-Verwaltung in Bochnia eingesehen werden. —

Schließlich wird bemerkt, daß diese Bedingnisse von den Offerenten zum Beweise, daß sie selbe eingesehen haben, und sich denselben unbedingt unterwerfen vor Ueberreichung des Offerts gefertigt werden müssen. Außerdem werden am Verhandlungstage auch Anbote auf Lieferung von rohen Fässermaterialien für den Bedarf der Bochniaer Saline im Jahre 1865, welche ebenfalls mit dem entsprechenden 10% Vadium belegt sein müssen, entgegengenommen. —

Dieser einjährige Materialbedarf beträgt:

Zu ganzen Fässern:

3000 Schock gekleizte Taufeln aus Tannen- oder Fichtenholz 36" lang, 3" breit, 3/4" dick.

280 Schock fertige derlei Böden im Durchmesser 19" breit, 5/8" dick.

2200 Schock Reifen 70—80" lang, 1" breit.

300 Schock Sperrstücke, 19" lang, 3" breit, 1" dick.

Zu halben Fässern:

14000 Schock derlei Taufeln 30" lang, 2 1/2" breit, 1/2" dick.

2000 Schock fertige Böden 15" breit, 4/8" dick.

10000 Schock Reifen 60—70" lang, 3/4" dick.

2000 Sperrstücke 15" lang, 2 1/2" breit, 1/2" dick.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 9. August 1864.

L. 3855. **Edykt.** (809. 3)

Ces. kr. Sąd obwodowy Rzeszowski podaje niniejszém do publicznéj wiadomości, iż na żądanie p. Judy Engländera prawonabywcu P. Hersza Strzizowera celem przymusowego wydobycia sumy wekslowéj 1000 złr. z procentami 6% od 14 Września 1862 bieżącemi i kosztami w kwotach 6 złr. 98 kr., 8 złr. 23 kr. i 29 złr. 5 1/3 kr. w. a. przyznanemi, odbędzie się publiczna licytacya połowy realności w Rzeszowie pod N. 84 położonéj p. Henryka Zuckra Dom. 4, pag. 192, n. haer. 14 własnéj w dwóch terminach: dnia 22 Września 1864 i dnia 27 Października 1864 o godzinie 9 przed południem pod następującemi warunkami:

Za cenę wywołania ustanawia się cena szacunkowa 15170 złr. 53 1/2 kr. w. a., niżéj któréj na sprzedaż wystawiona połowa realności N. 84 sprzedaną nie będzie.

Chęć kupna mający obowiązany jest złożyć do rąk komisyi licytacyjnéj jako wadym sumę 1510 złr. w. a. w gotowiźnie, albo w papiérach publicznych rządowych, albo w listach zastawnych galic. na okaziciela opiewających, albo w obligacyach indemnizacyjnych galicyjskich niewinkulowanych, które podług kursu z ostatniéj gazety urzędowéj („Krakauer Zeitung)", jednakowoż nigdy wyżéj wartości nominalnéj obliczone będą.

Wadyum najwięcéj ofiarującego zatrzymane, zaś innym współlicytantom po skończonéj licytacyi zwrócone zostanie.

Akt oszacowania i ekstrakt tabularny i warunki licytacyjne w tutejszo-sądowéj registaturze przejrzane być mogą.

Gdyby wspomniona połowa realności N. 84 na tych dwóch terminach sprzedaną nie była, natenczas w celu złożenia ułatwiających warunków wyznacza się termin na dzień 2 Listopada 1864 o godzinie 9 przed południem, na którym to terminie strony interesowane tém pewniéj stawić się mają, gdyż niezgłaszający się za przystępujących do większości głosów obecnych uważani będą.

O téj rozpisanéj licytacyi zawiadamiają się obydwie strony i wierzyciele hypotekowani do rąk własnych.

Dla wierzycieli, którzyby dopiéro po 25 Kwietnia 1864 z swemi pretensyami do tabuli weszli, jakotéż i dla tych, którym uwiadomienie o rozpisanéj licytacyi albo wcale nie, lub nie dość wcześnie doręczone było, ustanawia się kuratora do strzeżenia ich praw przy téj, jako i następujących czynnościach w osobie p. Dra. Reinera w Rzeszowie z zastępstwem p. Dra. Zbyszewskiego w Rzeszowie.

Z c. k. Sądu obwodowego.

Rzeszów, dnia 8 Lipca 1864.

Anzeigeblatt.

Theater-Anzeige.

Montag den 15. August 1864,
zum ersten Male:
Die Vorlesung bei der Hausmeisterin.
Posse in 1 Akt von Bergen.
Diesem folgt:
Die Rekrutirung in Krähwinkel.
Posse in 1 Akt von Nestroy.

Dienstag den 16. August zum Vortheile des Komikers und Regisseurs Herrn C. Ernst:
Mönch und Soldat.
Komisch-tragisches Charakterbild in 3 Abth. mit Gesang.

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**